

# Schönburger Tageblatt

## Waldenburger Anzeiger.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten bis Vorm. 9 Uhr des Ausgabestages. Bezugspreis monatlich 70 M., ohne Bringerlohn, durch die Post bezogen monatlich 70 Mark. Einzelne Nr. 3 Mark. Inseratenpreis 1 Zeile 6.— M., Reklamezeile 88 mm breit 18.50 M., die dreispaltige Zeile in amtlichen Zeilen 1 Petit-Zelle 2 M., Nachweisungsgebühr 2 M.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4436.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinden der Stabsamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwintel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Anzeigenannahmestelle Vorm. 9 Uhr am Ausgabestag Geschäftsstelle in Waldenburg Sachsen, Obergasse 10. Geschäftszeit: Vormittag 7—1, Nachm. 2—5 Uhr. Filialen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Müller; in Callenberg bei Herrn Stumpfweber Friedrich Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eise; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler; in Wollenburg bei Herrn Anus Friedrichmann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Richter.

Bankkonto: Vereinsbank zu Colditz Geschäftsstelle Waldenburg Sa. Gemeindegeldkonto Waldenburg 14.

Nr. 211.

Sonntag, den 9. September

1922.

Witterungsbericht aufgenommen am 8. September, Mittags 12 Uhr: Barometerstand 763 mm reduziert auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 12° C. (Morgens 8 Uhr + 10° C. Tiefste Nachttemperatur + 9° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lamy'scher Polymeter 80%. Taupunkt + 9°. Windrichtung West. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 3,0 mm. Daher Witterungsaussichten für den 9. September: Meist bewölkt.

## Die griechische Südararmee nahezu aufgerieben.

Reichspräsident Ebert ist in Flensburg eingetroffen. Die belgischen Delegierten stellen in Berlin weitgehende Forderungen.

Zu Ruhrgebiet kam es zu Krawallen. Max Hölz wurde in das Breslauer Staatsgefängnis übergeführt.

Das Stinnesabkommen hat in Paris einen guten Eindruck gemacht.

In Ruhla kam es zu Lebensmittelunruhen. Die beiden belgischen Soldaten in Oberkassel sollen durch einen belgischen Soldaten ermordet worden sein.

Wien ist noch immer ohne Zeitungen. Bundeskanzler Seipel hielt im Völkerverbund eine Anklagerede.

Zu Frankfurt wird der Auktionsabend abgeant. Lord Cecil behandelte im Völkerverbund die Saar- und Danziger Frage und den Marktzug.

Bradbury scheidet aus der Reparationskommission aus. Die polnischen Postbeamten freieren.

Solen hat seine Armee seit 1920 um zwei Drittel verringert.

Die griechische Regierung will kein Waffenstillstandsangebot gemacht haben. Die Türken haben bei Aschaf 10.000 Griechen gefangen genommen.

für die Wirtschaft unseres Volkes viel bedeutsameren „Zahlungsbilanz“ ist. Auf der Weltwirtschaftlichen Konferenz, die am 28. August in Leipzig im Zusammenhang mit der Herbstmesse tagte, hat einer der Berichterstatter, Professor Diegel aus Köln, den Grundsatz vertreten, daß die handelspolitischen Beschränkungen, denen Deutschland durch seine früheren Gegner ausgesetzt ist, insbesondere die nach Verkommen der Kriegesgeschichte gegen uns aufgeführten „Zollkanonen“, die deutsche Reparationsfähigkeit zerstörten. Eine Passivität der deutschen Handelsbilanz bedeutet in der Tat, daß wir keine Ueberschüsse erzielen, die wir an das Ausland abgeben könnten, und daß die ohne Rücksicht darauf erpreßten Zahlungen von dem Markt unserer Volkswirtschaft gegeben werden müssen und damit unsere Wirtschaft in unheilvoller Weise ruinieren. Es ist von jeher die Praxis unserer früheren Gegner gewesen, Einzelziffern unserer Statistik herauszugreifen, um damit Beweise gegen uns zu führen. Umso wichtiger ist es, daß wir kein Mittel untersuchen lassen, um erst einmal selbst über die Dinge Klarheit zu gewinnen, dann aber auch dem Ausland die Zusammenhänge aufzudecken. Wenn die Weltwirtschaftskonferenz, wie sie auf der Hamburger Ueberschüsse und auf der Leipziger Messe abgehalten worden sind, die kaum in einem wesentlichen Punkte voneinander abweichenden Erkenntnisse der internationalen Wirtschaftswissenschaften populärer werden, so wäre viel für den Wiederaufbau der Welt erreicht.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Reichspräsident Ebert traf am Donnerstag in Flensburg ein. Auf die Begrüßung des Oberbürgermeisters erwiderte er mit einer Ansprache, in der er betonte, daß wir die jahrhundert alte deutsche Kultur dieses Landes erhalten und festigen wollen. Die besten Grundlagen unserer Hoffnungen auf wirtschaftlichen und geistigen Aufbau seien die großen Mächte der Heimat und die Vaterlandsliebe.

Der Reichswehrminister hat angeordnet, daß die Geheimhaltung von Verfügungen nur noch dann vorgeschrieben werden solle, wo zwingende Gründe des Staatswohles es verlangen. Die Befürchtung, daß Maßnahmen der Verwaltung in der Öffentlichkeit oder in einem bestimmten Personenkreis angegriffen oder Aufsehen erregen könnten, solle nicht dazu führen, ein Schriftstück als geheim zu bezeichnen. Für die Verwaltung solle leitender Grundsatz sein, die Anordnungen, die sie für notwendig hält, zu verantworten und eine Kritik ihrer Tätigkeit nicht zu scheuen.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags stellte der Abg. Dr. Ferk folgenden Antrag: Die Notlage der Presse kann mit den in dem Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vom 21. Juli 1922 beschlossenen Rückvergütungen nicht wirksam bekämpft werden. Die seit der Verabschiedung dieses Gesetzes eingetretene ungeheure Preissteigerung bedroht die große Mehrheit der gesamten politischen Tageszeitungen mit baldigem Zusammenbruch. Der Ausschuss fordert deshalb von der Reichsregierung die sofortige Durchführung folgender Maßnahmen: 1. Befreiung von Höchstpreisen für Holz, Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier; Zusammenschluß der Erzeuger von Zellstoff, Holzstoff und Druckpapier zu Vereinigungen zum Zwecke der Festsetzung von Einheitspreisen und Preisausgleich unter behördlicher Mitwirkung (§ 1 Abs. 3 des Gesetzes vom 21. Juli 1922); 2. erträgliche Zahlungsbedingungen und Kreditbedingungen für die Presse; 3. Sicherstellung der zur Papiererzeugung notwendigen Rohstoffe, Holz, Zellstoff und Holzstoff sowie des Druckpapiers. Dieser Antrag wurde auch von den Mehrheitssozialdemokraten unterstützt.

Zu der Morbidat in Oberkassel, bei welcher zwei belgische Soldaten ermordet wurden, wird gemeldet, daß der Mord von einem belgischen Soldaten verübt worden ist.

Die preussische Finanzverwaltung teilt mit, daß in den letzten zehn Tagen für 23 Milliarden Zahlungsmittel gedruckt worden sind. Die Reichsdruckerei kann im September täglich für 4 Milliarden Papiermark liefern.

Die Nachricht von einer Verlobung des ehemaligen Kaisers wird von Schloß Doorn aus widerrufen. Der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Kommunistenführer Max Hölz ist aus der Strafanstalt Mänker, wo er in den Hungerstreik eingetreten war, in das Breslauer Strafgefängnis überführt worden.

Die Deutschesoziale Partei hält am 23. und 24. September in Berlin ihren ersten Parteitag ab. Während der 23. September den Beratungen der Vertreter der etwa 60 Ortsgruppen der Partei gewidmet ist, tagt am 24. September die Volkerversammlung.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags wurde auch über die eingetretene Geldknappheit beraten. Abg. Dr. Hugo (D. Sp.) betonte, daß die Aufhebung des Bankgeheimnisses zur katastrophalen Geldknappheit geführt habe. Er befürwortete die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses und Aufhebung des Depotzwanges.

Die Vereinigung der leitenden Angestellten hat gegen die vom sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages beschlossene Herabsetzung der Versicherungsgränze in der Angestellten- und Krankenversicherung auf 300.000 M. bei der Reichsversicherung Einspruch erhoben.

Der Berliner Arbeitgeberverband im Gastwirts- und Hotelgewerbe protestierte in einer Versammlung, zu der sämtliche Berufsvereinigungen von Groß-Berlin geladen waren, gegen die Regierungsverordnung zur Bekämpfung des übermäßigen Luzus und der Schlemmerei. In der Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, droht der Verband, auch nicht vor der äußersten Konsequenz zurückzuschrecken, der restlosen Schließung aller Gaststätten und Hotels im Bereiche der Abwehrmaßregeln.

Die Hamburger Hafenarbeiter haben durch den Transportarbeiterverband neue Forderungen gestellt. Danach soll der bisherige Tagelohn von 650 M. auf 900 M. vom 16. d. M. ab erhöht werden. Im Außenhafen von Emden herrscht vollständige Arbeitsruhe. Die Lohmannschaften verschiedener Dampfer legen die Arbeit nieder, als ihnen die Forderung von 1000 M. für die achtstündige Arbeitszeit nicht bewilligt wurde. Darauf haben die Arbeitgeber die die allgemeine Aussperrung vorgenommen.

Am Donnerstag wurden in Berlin die Verhandlungen mit den Belgiern fortgesetzt. Es ist eine große Reihe von Vorschlägen zu beraten. Die Belgier stellen weitgehende Forderungen. Deutscherseits wird verlangt, daß die Laufzeit der Schatzwechsel verlängert wird und daß sich die Garantie auf die gesamten Wechsel erstreckt. Die Verhandlungen sind nur vorbereitende Akte für die Brüsseler Finanzkonferenz, auf der das ganze Reparationsproblem beraten werden soll.

#### Tschecho-Slowakei.

Der Ministerrat am Mittwoch befaßte sich mit der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Teuerung in der Tschechoslowakei, sowie einer Reihe von Vorschlägen, die die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Herabsetzung der Kohlenabgabe, die Ermäßigung der Tarife und andere Vorkehrungen betreffen. Einer Blättermeldung zufolge soll die Kohlenabgabe ab 1. November um 50 Prozent erhöht werden.

#### Oesterreich.

Der Buchdruckerstreik dauert noch immer an. Am Mittwoch ist keine einzige Zeitung erschienen. Die Streikenden drohen mit der Ausdehnung des Streiks auf die Banknotenpresse. Die zeitunglose Zeit begünstigt allerlei Gerüchte, so z. B. von der Ermordung König Alexanders. Das Gerücht ist natürlich falsch.

Nach übereinstimmenden Meldungen scheint man jetzt in Ententekreisen entschlossen zu sein, eine Hilfsaktion für Oesterreich durchzuführen, unter der Bedingung, daß die not-

Waldenburg, 8. September 1922.

Die deutsche Einfuhr überstieg die Ausfuhr im Juli um 10 Milliarden Mark. Um diesen Betrag waren wir also ärmer geworden. Und das in einem Monat. Auf der internationalen Sachverständigenkonferenz zu Brüssel im Herbst 1920 hatte die Reichsregierung eine Denkschrift eingereicht, in der unter anderem auch die Differenz über den deutschen Außenhandel aufgenommen waren. Es erregte damals bei allen einschlägigen deutschen Wirtschaftskammern heftige Empörung, daß die Reichsregierung Biffen veröffentlichte, die auf eine aktive deutsche Handelsbilanz hinzuweisen schienen, und die somit grundfalsche Vorstellungen über die deutsche Wirtschaftskraft und Leistungsfähigkeit erwecken mußten. In Wirklichkeit war die Unangemessenheit der Wertmaßstäbe für die Einfuhr und für die Ausfuhr der Grund für diese den Tatsachen in keiner Weise entsprechende Darstellung der Lage. Besonders in Zeiten steigender Preise erscheint nach der Reichsstatistik die Einfuhr mit geringeren Werten, die Ausfuhr dagegen mit höheren Werten, als es in Wirklichkeit der Fall ist. Auch um die Wende dieses Jahres wies die deutsche Außenhandelsstatistik einen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr aus, und zwar für die beiden Monate Januar und Februar in Höhe von 4,1 Milliarden Mark. Mit diesen Biffen operierte die gehässige Kritik des Auslandes, und behauptete, Deutschland sei „nachweislich“ reich, werde immer reicher und sei daher in hohem Grade zahlungsfähig. Die 5 Monate seit März dieses Jahres haben dagegen einen sehr erheblichen Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr gebracht. Der „Passivsaldo“ unserer Handelsbilanz betrug in den letzten 5 Monaten 26,3 Milliarden, davon allein im Juli 10 Milliarden.

Die Hauptgründe sind die Notwendigkeit der Einfuhr britischer Kohle, die sich regelmäßig im Sommer steigende Einfuhr fremden Brotgetreides und vielleicht auch ein gesteigerter Bezug ausländischer Rohstoffe und Waren im Hinblick auf die sich scharf erhöhenden Devisenkurse. Im ganzen wiesen die ersten sieben Monate 1922 einen Passivsaldo der deutschen Handelsbilanz in Höhe von 22,2 Milliarden Mark aus. Dies wäre, in Goldmark umgerechnet, nicht allzuviel. Es darf aber nicht vergessen werden, daß nach wie vor die Einfuhrwerte gegenüber den Ausfuhrwerten viel zu niedrig bemessen werden, und daß die Handelsbilanz nur einen Teil der für die Finanzen und